

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Erteilte Ausnahmen nach § 24 Absatz 4 des E-Government-Gesetzes Berlin

Der Senat von Berlin
RBm-SKzl V C 13

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

V o r l a g e

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin

über die erteilten Ausnahmen nach § 24 Absatz 4 des E-Government-Gesetzes Berlin

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme vor:

Nach § 24 Absatz 4 des E-Government-Gesetzes Berlin (EGovG Bln) kann der IKT-Staatssekretär oder die IKT-Staatssekretärin Ausnahmen von der Abnahmepflicht gestatten, wenn das ITDZ die Leistung nicht innerhalb angemessener Frist oder nicht zu marktüblichen Preisen liefern oder andere dringende Sachgründe bestehen. Über gewährte Ausnahmen von der Abnahmepflicht ist dem Abgeordnetenhaus vierteljährlich zu berichten.

Hiermit erfolgt ein Bericht über das dritte Quartal in 2025. Es wurde eine Ausnahme seitens der Senatsverwaltung für Finanzen für die technische Infrastruktur für den Betrieb von LLM-Modellen (GPU-Server) bei der Verwaltungsakademie Berlin angezeigt. Die Infrastruktur wird für die landesweite Einführung des KI-Assistenten BAK_KI (KI-Unterstützungstool für Führungskräfte bei der Erstellung von BAKs) sowie die Überführung in ein Echtsystem hausweit eingesetzter weiterer SenFin-KI-Assistenten benötigt.

Berlin, den 02. Dezember 2025
Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister